

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 62 (1968)
Heft: 11

Artikel: Amerikanische Studenten rebellieren
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141480>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

senschafter, analysiert, einige wichtige Meinungsverschiedenheiten der beiden Kandidaten anzudeuten, speziell was die Rolle der Wissenschaften anbelangt.

Humphrey betonte besonders, dass die Wissenschaft für die sozialen Ziele der Nation eingesetzt werden müssten – für den Kampf gegen das Verbrechertum und die Slums, gegen die Verschmutzung der Atmosphäre und des Wassers, für die Gesundheitspflege und Erziehung und ganz allgemein für die Hebung der Lebenshaltung.

Nixon, der bevorzugte Kandidat des «big business», wissenschaftlich beraten hauptsächlich von Leuten, die mit dem nuklearen Wettrüsten in Verbindung stehen, erwies sich auch in seiner Wahlkampagne als «his master's voice». Er behauptete zum Beispiel, Russland hätte 1967 zum erstenmal mehr für Rüstungsforschung ausgegeben als die USA. Er «warnte die Amerikaner vor der sehr realen Gefahr von Durchbrüchen zu entscheidenden russischen Erfolgen» angesichts der riesigen sowjetischen Forschungsapparatur. Konsequenz für Nixon: Die USA müssen die letzten Kräfte einsetzen, nicht etwa für Rüstungsparität mit der Sowjetunion, wie sie Humphrey empfahl, sondern für eine eindeutige militärische Überlegenheit der amerikanischen Rüstung. In Zusammenhang damit warnte Nixon die Amerikaner aus durchsichtigen Gründen auch davor, den Nichtverbreitungsvertrag (Nonproliferation Treaty) zu unterschreiben.

Was Nixon als Präsident tun wird, bleibt abzuwarten. Die letzten zwei Jahre haben immerhin gezeigt, dass auch Amerika nicht mehr das Land der unbegrenzten Möglichkeiten ist. Man kann sich fragen, ob eine Fortsetzung der USA-Rüstungspolitik an den ungeheueren Kosten neuer Verteidigungssysteme scheitern wird; anders gesagt, ob nicht die innerpolitischen Verhältnisse andere nationale Aufgaben an erste Stelle rücken. Jedenfalls sind die Nixonschen Wahlreden wohl eine Konzession an die Furcht vor tiefgreifenden Änderungen in einer Wirtschaft, die dank den Rüstungsaufträgen eine ungeheure Ausweitung erfuhr; eine Auffassung, mit der man 1969 in Amerika noch praktisch Politik treiben kann, sind sie nicht. Red.

Amerikanische Studenten rebellieren

Die Frage ist: Will man sich an dieser Universität dafür einsetzen, dass es anders wird? Wenn nicht, so gibt's eine Explosion, gegen die der Krach an der Columbia Hochschule ein Kinderspiel war. (Ausspruch eines Studenten in Stony Brook).

Stony Brook, NY. Zornige Auseinandersetzungen und immer mehr auch schwere Verstösse gegen «Ruhe und Ordnung» werden zum täglichen Brot des Universitätslebens. Am 29. Oktober nahmen Studenten an vielen Universitäten einen «Urlaub», zu dem der Nationale Studentenverband aufgerufen hatte, um die Studenten-Bewegung und «die gemeinen und diktatorischen Züge» der nationalen Politik und der nationalen Universitäten zu

diskutieren. Die New Yorker Staatliche Universität von Stony Brook auf Long Island nahm sich schon vom 22. bis 24. Oktober Zeit zu «intensivem Selbststudium», um gemeinsam, das heisst Studenten, Lehrkörper und Verwaltung zusammen, die Zukunft Stony Brooks zu erörtern. Zum Teil ging es um Probleme, die diese Lehranstalt speziell betreffen, zum grössten Teil aber handelt es sich um die Krise, die viele Universitäten in ganz Amerika gegenwärtig durchmachen.

Aus Gesprächen mit Studenten, Professoren und Persönlichkeiten der Verwaltung geht hervor, dass die studentische Auflehnung etwa so begründet wird: Die Leute, die zurzeit politische oder andere Autorität inne haben, sind vertrauensunwürdig geworden. Sowohl Studenten wie Angehörige einer älteren Generation halten dafür, dass der Vietnamkrieg eine Hauptursache für diese Diskreditierung von Autoritätspersonen und für die studentische Unruhe bildet. Politisch gehören die heute Studierenden der Johnson-Ära an. Die meisten begannen seit seiner Präsidentschaft und während des Vietnamkrieges politisch bewusst zu werden. Für sie ist der frühere Präsident eine Figur ferner Vergangenheit; manche waren in den oberen Klassen einer Mittelschule als John F. Kennedy ermordet wurde.

Ein Student der oberen Semester drückt sich so aus: «Vietnam hängt über mir wie das Fallbeil einer Guillotine». Sehr viele Studenten stellt Vietnam vor die wenig attraktiven Alternativen: Exil, Gefängnis oder Waffendienst in einem Krieg, der als unmoralisch empfunden wird. Die staatliche Verfügung vom Anfang dieses Jahres, wonach Graduierte nicht länger mit Aufschub ihres Dienstaufgebotes rechnen können, erhöhte den psychischen Druck und verminderte die Chance, dem Kriegsdienst in Vietnam zu entgehen. In den letzten Wochen haben viele Graduierte in Stony Brook ihren Marschbefehl erhalten. Früheren Jahrgängen war es möglich gewesen, auf akademischen Druck oder persönliches Drängen durch ein oder zwei Semester Studienunterbruch zu reagieren. Sobald heute ein männlicher Student sein Studium unterbricht, wird er nach Vietnam beordert. Der Vietnamkrieg hat auch im Gefolge gehabt, dass Studenten jene Universitäten besonders kritisieren, die vom Kriegsministerium gutbezahlte Aufträge für Forschung auf dem Gebiete der Waffentechnik annehmen – eine Kritik, die ohne Vietnam längst nicht so heftig geworden wäre.

Politische Ereignisse der letzten Zeit haben nicht wenig zur Empörung der Studenten beigetragen. Die Ablehnung der Präsidentschaftskandidatur Senator Eugene L. McCarthy's, die Misshandlung von Antikriegs-Demonstranten durch die Chicagoer Polizei, die unpopulären Nominierungen von Humphrey und Nixon lassen die Studenten an der Rechtschaffenheit jener zweifeln, die in den USA die Macht ausüben. Zweifel erwachsen ihnen auch an der Berechtigung einer Gesellschaftsordnung, die Individuen dieser Art Macht in die Hände spielt. Da viele Professoren und Verwaltungsangehörige der Universität den Abscheu der Studenten gegen den Vietnamkrieg, wie auch gegen die Politiker, die dafür eintreten, teilen, sind sie kaum in der Lage, die Studenten zu überzeugen, dass sie im Unrecht sind.

Den Protest der Studenten von Stony Brook haben auch Polizeiraids in

die Universität herausgefordert, die durchgeführt wurden, angeblich um den Missbrauch von Drogen zu ahnen, wahrscheinlich aber aus politischen Gründen, wobei von Seiten der Studenten auf die wenig überzeugende Abwehr der Universitätsbehörden gegen solche Übergriffe der Polizei hingewiesen wurde.

Wenn man den Diskussionen in Stony Brook folgt, hat man den Eindruck, dass der Kampf der Generationen in die Universität verlegt worden ist. Enttäuscht durch die Gefühllosigkeit und Gleichgültigkeit, mit der ihre Eltern eine gemeine Welt hinnehmen, kommen die Studenten an die Universität, darauf vertrauend, dass sie hier Persönlichkeiten und Ideen finden werden, denen sie Glauben schenken dürfen. Was sie finden, ist die gleiche feige Anpassung, die sie an ihren Eltern schockiert. Ihre Eltern können sie nicht anders machen, aber viele sind entschlossen, das «üble» Universitätsystem zu ändern, das sie vorfinden. Sie wollen nicht länger dulden, dass man von oben herab über ihren Lebenslauf entscheidet. Und jedesmal, wenn ein geschlossener Widerstand unter Studenten einer Universität zu stande kommt, festigt sich ihre Überzeugung, dass ein Wandel möglich ist.

Stony Brook mit blos 6000 Studenten ist nicht eine von den grössten Lehranstalten der USA, aber die Forderungen, die hier von über 2000 der aktivsten Studenten und vielen Mitgliedern des Lehrkörpers gestellt werden, sind symptomatisch für viele andere Universitäten. Einige dieser Forderungen lauten:

Grössere Freiheit in der Auswahl der Studienfächer. Schaffung von getrennten Professuren für Lehrfach und Forschung. Beförderung der Dozenten auf Grund ihrer Fähigkeit zu lehren.

Die Universitäten sollen sich mehr dem Dienst an der Gemeinschaft widmen und Dozenten entsprechend ihren Leistungen auf diesem Gebiet befördern.

Diskussionen ergaben, dass Studenten ein wichtiges Wort zur Beurteilung der Professoren und bei ihrer Anstellung mitreden sollten.

Einstimmig war der Beschluss, dass in allen Fragen der Bildung nur die Studierenden und der Lehrkörper, niemals aber die Verwaltung zu entscheiden habe.

Ohne Zweifel wird Stony Brook in den nächsten Monaten ein Kampfplatz der Ideen sein. Die Tatsache allein schon, dass eine Zeitschrift vom Niveau von «SCIENCE» (der Zeitschrift der amerikanischen Gesellschaft für die Förderung der Wissenschaften) den erwähnten Neuerungen sympathisch gegenübersteht und den Protest gegen die heutige amerikanische Machtpolitik unterstützt, dürfte auch von unseren Universitäten zur Kenntnis genommen werden.

Aus «SCIENCE», 1. November 1968

Rebellierende Studenten auch in London

Aus London nicht minder als aus New York erreichen uns Berichte von Studentenrevolten, im vorliegenden Fall ausgerechnet an der sehr angesehenen Londoner Wirtschaftshochschule (London School of Economics).